
Ein *think tank* für die Arbeiterbewegung. Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien in ihren ersten zwei Jahrzehnten

Günther Chaloupek

„Es wird beabsichtigt, wieder eine wirtschaftswissenschaftliche Abteilung zu bilden, da weder der ÖGB noch die Schwesterkammern eine solche besitzen“ – heißt es lapidar im Protokoll der Sitzung des Präsidiums der AK Wien vom 3. Mai 1956, mit einer etwas seltsam anmutenden Begründung. Und konkreter wenige Monate danach im Protokoll vom 7. September: „Für die in Aussicht genommene *Wiedererrichtung* der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung werden folgende neue Mitarbeiter vorgeschlagen: Dr. März, Dr. Honegger, Dr. Weselsky (*sic!*).“ Voll operativ tätig geworden ist die Abteilung dann 1957, also vor 60 Jahren. In diesem Beitrag werden Tätigkeit und Wirksamkeit der Abteilung in den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens behandelt. Mit der Begründung für diese Periodisierung werde ich mich am Ende meines Beitrags noch beschäftigen.

1. Die Vorgeschichte

Die heutige Abteilung Wirtschaftswissenschaft (im folgenden Text abgekürzt WwA) hat eine Vorgeschichte, von der es keine Zeitzeugen mehr gibt, die daher aus ihrem publizistischen Niederschlag und aus den Akten rekonstruiert werden muss. Unter diesem Namen wurde 1950 „zur Bearbeitung von grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fragen“ mit den Aufgaben, „durch Beobachtung der Wirtschaftsvorgänge Entwicklungstendenzen festzustellen“ und „eine Klärung grundsätzlicher wirtschaftlicher Probleme herbeizuführen“, eine eigene Abteilung eingerichtet.¹ Unschwer ist hinter diesem Beschluss die Initiative Stefan Wirlandners zu erkennen, der im selben Jahr an der Universität Wien zum Dr. rer. pol. promovierte und der der führende Vertreter einer keynesianischen Orientierung in der Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik von ÖGB und SPÖ war.² Die Vertretung der AK in den zahlreichen Kommissionen der damals immer noch sehr weitgehenden Wirtschaftslenkung wurde weiterhin von der

Wirtschaftspolitischen Abteilung wahrgenommen. Die wichtigste Aufgabe dieser ersten Abteilung Wirtschaftswissenschaft war die publizistische Tätigkeit. Daneben war die WwA aber auch zuständig für die Vertretung der AK in Fragen der Geld- und Währungspolitik in der Nationalbank, in dem damals bedeutenden „Österreichischen Produktivitätszentrum“, im interministeriellen „Komitee für Arbeitsmarktpolitik“ und für die Arbeiten an der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung, die nach der Kürzung der Marshallplan-Hilfe 1951/52 notwendig geworden war.

Als Publikationsorgane hatte die Abteilung den seit Mai 1951 erscheinenden „Monatlichen Wirtschaftsbericht“³ und eine eigene Schriftenreihe, die im ÖGB-Verlag erschien, zur Verfügung. In der Schriftenreihe wurden bis 1954 elf Broschüren unterschiedlichen Umfangs veröffentlicht.⁴ Die Mehrzahl der Beiträge hatte aktuelle Themen zum Gegenstand, darunter zwei zur damals zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Gewerkschaftern heiß diskutierten Frage der Reallohnentwicklung nach dem Krieg.⁵ Neben diesen empirischen Untersuchungen gab es mehrere Schriften volksbildnerischen Charakters („Um das Brot des Volkes – Die Getreideversorgung Österreichs 1950“, „Die Brücke zur Welt – Österreichs Außenhandel gestern – heute – morgen“, u. a.). Drei Hefte waren theoretischen Fragen gewidmet: Joan Robinsons „Essay on Marxian Economics“ in der kommentierten Übersetzung Wirlandners, „Keynes' neue Wirtschaftslehre“ von Karl Forchheimer,⁶ und der letzte Band der Reihe „Mittel und Wege der Vollbeschäftigungspolitik“ (1954), ein Konferenzband mit Beiträgen u. a. von Hans Bayer, Alfred Braunthal, Rudolf Meidner, Ernst John, Benedikt Kautsky und Stefan Wirlandner.

Aus der bloßen Aufzählung ist das Bemühen zu erkennen, die Lehren der modernen ökonomischen Theorie des Keynesianismus für die wirtschaftspolitische Argumentation von AK und ÖGB nutzbar zu machen, gleichzeitig die Absicht Wirlandners, Keynes' neue Wirtschaftslehre statt des alten marxistischen Ansatzes zur konzeptionellen Grundlage zu machen. Was aber offensichtlich nicht gelang, war eine Verbindung von modernen Ansätzen der Theorie mit Empirie. Überraschend ist dies insofern nicht, als es an Ökonomen mit einer entsprechenden Ausbildung fehlte. An den österreichischen Universitäten wurde ein solches Wissen damals – und auch noch längere Zeit danach – nicht vermittelt. Und Wirlandner selbst war als einer der maßgeblichen Akteure der Arbeitnehmerseite in den Entscheidungsprozessen der Wirtschaftspolitik wohl stark in Anspruch genommen, sodass er selbst nur wenig Zeit jener Grundlagenarbeit widmen konnte, die der ersten WwA in der AK eigentlich aufgetragen war.⁷

Keiner der Namen der Mitarbeiter der ersten WwA findet sich im Personalstand der 1957 wiedergegründeten Abteilung. Ihre weitere Laufbahn führte sie in die Politik (Ernst Winkler) oder zurück in die Wirtschaftspoli-

sche Abteilung der AK. Wenn Wirlandner für sich selbst theoretische Ambitionen mehr oder weniger abgesagt hat – er wurde 1955 Kammeramtsdirektor-Stellvertreter mit Zuständigkeit für den Gesamtbereich der Wirtschaftspolitik, 1960 Mitglied des Direktoriums der Oesterreichischen Nationalbank –, so hat er die Wichtigkeit der wirtschaftspolitischen Grundlagenarbeit immer unverändert hoch geschätzt und für deren Fortsetzung in der AK die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen,⁸ unter denen der zweite Anlauf zur Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung als professioneller *think tank* der Arbeiterbewegung schließlich zu einem großen Erfolg wurde.

Die Vorgeschichte hat selbst eine Vorgeschichte. Bei der Gründung der Arbeiterkammerorganisation 1921 wurde ein „Statistisches Büro“ eingerichtet, mit dessen Leitung Benedikt Kautsky betraut wurde.⁹ Die offiziellen Publikationen des Büros waren statistischen Inhalts („Statistisches Jahrbuch“, Lohnstatistiken auf der Grundlage eigener Erhebungen). Kautsky verfasste aber auch zahlreiche empirische Untersuchungen und theoretische Abhandlungen für Sammelbände und Zeitschriften. Theoretisch stand Kautsky auf dem Boden des Marxismus in der revisionistischen Version des „organisierten Kapitalismus“ (Rudolf Hilferding). Mitarbeiter des in der Zeit des sog. Ständestaates von Hans Bayer geleiteten Statistischen Büros waren nach der Wiedererrichtung der Kammer nach dem Weltkrieg in deren statistischer Abteilung beschäftigt. Als selbstständige Einheit existierte die Statistische Abteilung bis 1999, die eigene Erhebungen für eine Lohnstatistik und eine Haushaltsstatistik durchführte. Beide Statistiken wurden in den 90er-Jahren eingestellt.

2. Österreichs Wirtschaft nach der Wiederaufbauphase: rasches Wachstum und Vollbeschäftigung

Die Situation der österreichischen Wirtschaft zur Zeit der Gründung der neuen WwA hatte sich gegenüber der ersten Hälfte der 50er-Jahre grundlegend verändert. 1955 hatte Österreich durch den Abschluss des Staatsvertrags seine – nicht ganz volle – Souveränität wiedererlangt, die Teilung des Bundesgebiets in vier (*de facto* zwei) Besatzungszonen war zu Ende.

Nach der Rezession 1952/53 wuchs die Wirtschaft in einem nach heutigen Maßstäben geradezu atemberaubenden Tempo: durchschnittlich pro Jahr 6,3% 1953/1962, mit Spitzenwerten von mehr als 10% 1954 und 1955. In diesem Zeitraum stieg die Beschäftigung um 420.000, die Arbeitslosenrate ging von 8,7% 1953 auf 2,5% 1961 zurück. Mit dem Unterschreiten der Schwelle von 3% war zu Beginn der 60er-Jahre der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht, was nur wenige Politiker und Funktionäre für möglich gehalten hatten, als Stefan Wirlandner zehn Jahre zuvor vor

dem 2. ÖGB-Bundeskongress über „Vollbeschäftigung als realisierbares Ziel in der Marktwirtschaft“ referierte. Man begann von einer allgemeinen Arbeitskräfteknappheit zu sprechen.

War zu Beginn der 50er-Jahre noch die Existenzsicherung bzw. die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln die primäre Aufgabe der Wirtschaftspolitik gewesen, so war diese nun zur Selbstverständlichkeit geworden. Für die Arbeitnehmer war nun das Wachstum des Sozialprodukts und die Sicherung eines angemessenen Anteils der Arbeitnehmer an diesem Zuwachs die wichtigste Zielsetzung.

Nach der Überwindung von Not und Knappheit war Mitte der 50er-Jahre das von der Kriegswirtschaft übernommene System der Bewirtschaftung aufgehoben worden, viele der zahlreichen Kontrollen z. B. des Außenhandels und des Devisenverkehrs wurden abgeschafft. Damit war auch klar geworden, dass das Lenkungssystem der Nachkriegszeit nicht in ein System der allgemeinen Wirtschaftsplanung übergeführt wurde, wie z. B. AK-Präsident Mantler noch gefordert hatte. Österreichs Wirtschaft war eine Marktwirtschaft mit starken staatlichen Elementen (Interventionen, verstaatlichte Unternehmungen und Banken) – ein Wirtschaftssystem, für welches der damals aufkommende Begriff der *mixed economy* gut passte.

Die Wirtschaftspolitik der damaligen Großen Koalitionsregierung war in der ersten Phase der Normalisierung von dem von der ÖVP gestellten Finanzminister Reinhard Kamitz geprägt. Wichtige Maßnahmen des sog. Raab-Kamitz-Kurses waren drei Einkommensteuersenkungen, die Kapitalmarktgesetze (Schillingeröffnungsbilanz-, Bankenrekonstruktions-, Nationalbanküberleitungs-Gesetz), die Einführung der vorzeitigen Abschreibung zur Stimulierung der Investitionen), darüber hinaus aber auch die Privatisierung von 40 Prozent des Aktienkapitals der Creditanstalt und der Länderbank. Die Orientierung der SPÖ war primär von sozialpolitischen Zielsetzungen bestimmt (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz 1956), wirtschaftspolitisch beschränkte sich ihre Initiative auf ein „Zehn-Milliarden-Investitionsprogramm 1955-1965“ für Investitionen in Eisenbahn, Post und Autobahnbau.¹⁰

Mit der neuerlichen Beschleunigung der Inflation nach vorübergehendem Rückgang des Preisniveaus 1953 wurde die Stabilisierungspolitik wieder aktuell. Dadurch boten sich für die Arbeitnehmerseite neue Möglichkeiten einer Mitwirkung an der makroökonomischen Politik. In dieser veränderten Situation gab sich auch die Sozialpartnerschaft eine neue institutionelle Struktur. 1957 wurde die „Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen“ etabliert, bestehend aus Vertretern der Sozialpartner und Regierungsmitgliedern. In den 60er-Jahren übernahm die Paritätische Kommission immer stärker die Funktion der Koordination wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Soweit in groben Zügen die wirtschaftlichen Gegebenheiten, unter denen die neu gegründete WwA 1957 ihre Arbeit aufnahm.

3. Die Studien der WwA

3.1 Investitionen und Wirtschaftswachstum

Das Thema der ersten, bereits im Jänner 1958 veröffentlichten Studie war eine programmatische Ansage: „Investitionspolitik und Investitionsfinanzierung in Österreich“. Diese Thematik wurde später mehrmals wieder behandelt: 1963 unter der breiteren Perspektive „Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft“ und neuerlich 1969 in der Studie „Investitionsstruktur und Wirtschaftswachstum“. Demselben Themenkreis sind auch die Studie „Forschung und Entwicklung in Österreich“ (1965) und „Kapitalmarktkonzept für Österreich“ (1965) zuzuordnen.

Alle Investitionsstudien der WwA gingen davon aus, dass das rasante Wachstum der österreichischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit und der eindrucksvolle Aufholprozess gegenüber den westeuropäischen Industrieländern in entscheidender Weise einer im historischen und im internationalen Vergleich hohen Investitionsquote zu verdanken war. Zentraler Gegenstand aller Studien war die Struktur der Investitionen, verbunden mit der Frage, welche Veränderungen in der Investitionsstruktur am besten geeignet wären, die Aufrechterhaltung der im internationalen Vergleich guten Wachstumsleistung der österreichischen Wirtschaft mittel- und langfristig zu sichern. Immer wieder wurde auf die Bedeutung der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen verwiesen. Das Hauptaugenmerk der empirischen Analyse richtete sich aber auf die Industrieinvestitionen.

Die statistischen Daten über die Industrieinvestitionen waren noch längere Zeit äußerst dürftig.¹¹ Es gab aggregierte Daten für die verstaatlichte Industrie.¹² Für die private Industrie dienten die veröffentlichten Bilanzen der Kapitalgesellschaften als Basis, die mit den Beschäftigtenzahlen für die gesamte Branche hochgerechnet wurden. Im Zeitraum 1950/55 entfielen nach diesen Berechnungen 74% der Industrieinvestitionen auf die Privatindustrie (inkl. der von den staatlichen Banken kontrollierten Unternehmen) und 24% auf die Verstaatlichte. Insgesamt machten die Industrieinvestitionen 24% der gesamten Investitionen aus. Diese eigenen Berechnungen und Schätzungen sind als echte statistische Pionierleistungen anzusehen. Dasselbe Verfahren wurde für die eigenen Berechnungen der Studie aus 1963 angewendet.

Detaillierte Überlegungen wurden zur Frage der Finanzierung der Investitionen angestellt. In der ersten Hälfte der 50er-Jahre musste das schrittweise erfolgte Auslaufen der Investitionsfinanzierung aus ERP-Mitteln be-

wältigt werden, die bis 1950 fast zur Hälfte zur Finanzierung beigetragen hatten. Dies gelang relativ problemlos, nicht nur durch die Inanspruchnahme des Bankkredits und des Kapitalmarkts, sondern auch durch eine starke Zunahme der Selbstfinanzierung (Gewinne und Abschreibungen).

Die Struktur der Industrieinvestitionen in der ersten Hälfte der 50er-Jahre wies in der verstaatlichten Industrie eine extreme Konzentration auf Eisen und Stahl und Kohlenbergbau (zusammen mehr als zwei Drittel) auf. In der Privatindustrie entfielen 20% der Investitionen auf die Textilindustrie, ein weiteres Viertel auf traditionelle Konsumgüter. Die Schlussfolgerung erscheint daher eher untertrieben, dass „die Zusammensetzung unseres Investitionsvolumens – vom Standpunkt der dauernden Behauptung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit – als eher ungünstig bezeichnet werden muss.“ Die Industrie „dürfte einen zu geringen Teil ihrer wirtschaftlichen Ressourcen auf den Ausbau jener Industriezweige aufwenden, von denen in Zukunft die Geltung Österreichs als Industriena-tion in steigendem Maße abhängig sein wird“. Als zukunfts-trächtige Bereiche werden neue Industriezweige „wie Atomenergie, elektronische Geräte und Petrochemie“ genannt.

„Dieses Zurückbleiben Österreichs an einigen wichtigen Frontabschnitten des industriellen Aufbaues ist durch die anarchische Methode der Selbstfinanzierung bedingt.“ Ohne näher ins Detail zu gehen, forderte die Studie eine „Investitionslenkung“ bei sonstiger Gefahr des „Zurückbleibens im wirtschaftlichen Wettlauf der Nationen“ (S. 11).

Auch in der umfassenderen gesamtwirtschaftlichen Sicht der Studie aus 1963 galt den Investitionen das Hauptaugenmerk der Strukturanalyse. Bei anhaltend hohem Anteil der Investitionen am Bruttonationalprodukt waren in der zweiten Hälfte der 50er-Jahre die Investitionen im Grundstoffbereich (ausgenommen der Kohlenbergbau) weiterhin stark gewachsen, aber auch in den „Wachstumsindustrien“ Maschinenbau, Fahrzeuge, Elektro und Chemie. Allerdings wurden die Fortschritte skeptisch beurteilt, denn es erschien den Autoren „fraglich, ob sich diese Industrien in eine aussichtsvolle Richtung entwickelt haben“, da neue Produkte vernachlässigt wurden und z. B. in der Maschinenbauindustrie „vorwiegend konventionelle Maschinentypen produziert (wurden)“ (S. 29).¹³ Als Problem wurde in diesem Kontext die „Methode der Selbstfinanzierung gesehen, die eine so hervorragende Rolle im privaten und verstaatlichten Sektor der österreichischen Wirtschaft spielt“, dabei aber „der Mobilität des Kapitals recht enge Grenzen (setzt)“ (S. 26).

Die mittelfristige Zukunft wurde vergleichsweise optimistisch beurteilt. Als wachstumsdämpfende Faktoren wurden das bereits weitgehend ausgeschöpfte konstante Arbeitskräftepotenzial und ein steigender Kapitalkoeffizient gesehen, ein Rückgang der durchschnittlichen Wachstumsrate auf etwa 4 Prozent (bis 1966) „als Rückkehr von einem für die Erreichung

hoher Wachstumsraten übernormal günstigen Ausgangspunkt zur Normallage“ (S. 47).

Wachstumspolitische Empfehlungen bezogen sich auf aktive Arbeitsmarktpolitik (siehe dazu den folgenden Abschnitt), eine beschleunigte Umschichtung der Arbeitskräfte vom schrumpfenden Agrarsektor zur Industrie und zu den Dienstleistungen, sowie eine Fiskal- und Kreditpolitik, die neben der konjunkturpolitischen Stabilisierung auch langfristige Ziele verfolgte. Damit gemeint waren eine Senkung des Zinsniveaus und eine Reform der steuerlichen Investitionsförderung. Der erhöhte Satz der vorzeitigen Abschreibung sollte nur noch selektiv für regionale Entwicklungsgebiete und für „Entwicklungsindustrien“ gelten. (S. 55) Der Schlüssel zu einer wirksamen Strukturpolitik wurde in der Einführung eines Systems der „Programmierung“ gesehen, nach dem Vorbild der französischen „Planification“. Die Wachstumsprogrammierung hätte die Aufgabe, alle Instrumente und Maßnahmen der Wachstumspolitik im Rahmen eines umfassenden Konzepts zu koordinieren und in der Umsetzung zu kontrollieren, organisiert nach dem „Prinzip der Freiwilligkeit und der Planung von unten nach oben“ unter Beteiligung von Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern.

Im „Kapitalmarktkonzept für Österreich“ (1965) wurden Vorschläge zur Überwindung der Nachteile der Selbstfinanzierung (Innenfinanzierung) entwickelt. Der hohe Anteil der Selbstfinanzierung war nicht, wie von Unternehmerseite behauptet, Folge einer zu geringen Spartätigkeit, sondern wesentlich auch durch eine geringe Verschuldungsbereitschaft der Unternehmungen bedingt. In Österreich „spielen die Familienunternehmungen und die politischen Hemmnisse, die einer Verschuldung der verstaatlichten Industrie entgegengesetzt werden, eine große Rolle“. Verstärkt wurde diese Haltung „durch die hohen Anforderungen an die Kreditwürdigkeit, die vom Kreditapparat gestellt werden“. Die überdurchschnittliche Höhe des Zinsniveaus in Österreich wurde als Problem für Investitionen mit langer Nutzungsdauer gesehen. Die großzügigen Möglichkeiten der vorzeitigen Abschreibung verstärkten die prozyklischen Schwankungen der Investitionstätigkeit, begünstigten Investitionen in überbesetzten Wirtschaftszweigen und leisteten keinen Beitrag zur Gründungsfinanzierung.

Eine Lösung des Kapitalmarktproblems könne nicht durch eine „von der Laissez-faire-Mentalität inspirierten“ Politik des Abwartens erreicht werden. Empfohlen wurde eine schrittweise moderate Reduzierung der vorzeitigen Abschreibung, auf der anderen Seite die Schaffung günstigerer Formen der Fremdfinanzierung durch staatliche Haftungen für Investitionskredite, die von den Hausbanken der Unternehmungen gewährt wurden, und durch die Gründung einer „reinen Investitionsbank“, die auch direkte Kredite für risikoreichere Projekte vergab.

Die letzte hier näher behandelte Studie „Investitionsstruktur und Wirt-

schaftswachstum“ aus 1969 war mit einem veränderten Sachverhalt konfrontiert. Zwar war die Investitionsquote in den 60er-Jahren weiter auf über 25% des BNP gestiegen, gleichzeitig aber war das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 4,3% niedriger als in den meisten westeuropäischen Ländern. Die Tendenz eines steigenden marginalen Kapitalkoeffizienten hatte sich beschleunigt fortgesetzt, in allen Bereichen war eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Die Wachstumsrate der Investitionen war allerdings in der ersten Hälfte der 60er-Jahre gegenüber den 50er-Jahren zurückgegangen. Das Nachhinken des BNP-Wachstums hinter der verringerten Zunahme der Investitionen wurde zweifach interpretiert: „Die Investitionen verloren sowohl an Schwungkraft (sie wuchsen langsamer) als auch an Stoßkraft (sie wurden weniger wachstumswirksam).“ Die nachlassende Wachstumswirkung der Investitionen wurde auf ihre ungünstiger werdende Struktur zurückgeführt, insbesondere auf eine Schwäche der Industrieinvestitionen, von denen die stärkste Wachstumswirkung ausging. Ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen sank in den 60er-Jahren beschleunigt (auf 15% 1967), während er in fast allen anderen westeuropäischen Ländern mehr oder weniger konstant zwischen 20 und 30% lag.

Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang auch die massive Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft, die mit einer 7-fachen Wachstumswirkung besser in der Industrie vorgenommen werden sollten. Auch sei der Anteil der Fahrzeuginvestitionen zu hoch, während viel zu wenige Ressourcen für wissenschaftlich-technische Forschungs- und Entwicklungstätigkeit aufgewendet würden.

Dieser „qualitative Aspekt“ der Investitionen und die Notwendigkeit eines weiteren Investitionsbegriffs, der die immateriellen Komponenten Forschung und Entwicklung mit einschloss, war bereits Gegenstand der Studie „Forschung und Entwicklung in Österreich“ (1965) gewesen, deren Pionierleistung auf diesem Gebiet von Resch (2017) bereits ausführlich dargestellt worden ist.

Die Investitions- und Wachstumsstudien der WwA enthielten nur wenige explizite Bezüge auf die wirtschaftswissenschaftliche Literatur der Zeit. Der nachfrageseitige Aspekt der Keynes'schen Theorie blieb eher im Hintergrund, war dort allerdings stets präsent. Schon von der Themenstellung waren die empirischen Analysen der Studien auf die Angebotsseite ausgerichtet, dabei dem theoretischen Ansatz der postkeynesianischen Wachstumstheorie (insbes. Harrod [1939], Domar [1946]) verpflichtet. Explizit trifft dies am stärksten auf die Studie aus 1969 zu. Das verfügbare Datenmaterial ermöglichte es, die Zunahme des BNP auf die Investitionen zu beziehen, der marginale Kapitalkoeffizient wurde zunächst so interpretiert, als ob der Zuwachs zur Gänze den Investitionen zuzurechnen sei, mit qualifizierenden Modifikationen etwa durch Berücksichtigung der Arbeits-

kräfteentwicklung oder des technischen Fortschritts in ergänzenden Schritten. Die empirischen Analysen der Branchenstrukturen orientierten sich an den aktuellen Publikationen der UNO (Economic Survey of Europe) und OECD. Von den Theorien der langfristigen Wachstumsentwicklung wurden die Werke von W. A. Lewis (1956) und W. W. Rostow (1961) zitiert. Damals ambitioniert, aus späterer Sicht überholt erscheint der Versuch einer mittelfristigen Wachstumsprognose durch Trendextrapolation von Parabelfunktionen („Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft“, S. 62ff).

3.2 „Probleme des österreichischen Arbeitsmarktes“ (1962)

Bemerkenswerterweise widmete sich nur eine Studie der WwA ausführlich dem Arbeitsmarkt. Wenn 1961 die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt auf 3% gesunken war, so war die Studie bemüht, Behauptungen einer globalen Arbeitskräfteknappheit zu relativieren. Als die zwei großen Schwachstellen des österreichischen Arbeitsmarktes wurden die hohen saisonalen Schwankungen und die beträchtlichen regionalen Unterschiede der Arbeitslosenraten identifiziert. Während in Wien und in Vorarlberg die Arbeitslosigkeit unter 2% betrug, war sie in Niederösterreich, Steiermark und Kärnten mehr als doppelt so hoch, und im Burgenland erreichte sie sogar mehr als 10%. Die niedrige Arbeitslosenrate im Bundesdurchschnitt dürfe nicht dazu verleiten, in den Bemühungen nachzulassen, durch gezielte regionalpolitische Entwicklungsarbeit langfristig eine Verbesserung der Beschäftigungslage in den strukturschwachen Gebieten herbeizuführen.

Die Unternehmerseite sah in der großzügigen Zulassung ausländischer Arbeitskräfte das unmittelbar wirksame Mittel zur Beseitigung der Arbeitskräfteknappheit. Auf Drängen der Bundeswirtschaftskammer hatte der ÖGB für 1962 einer Vereinbarung zugestimmt, der zufolge die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte auf bis zu 48.000 erhöht werden konnte. Die Zulassung von Ausländern könne dazu beitragen, „die saisonalen Spannungen in einzelnen Wirtschaftszweigen – vor allem im Baugewerbe und im Fremdenverkehr zu mildern“ (S. 37). In der Studie wurde gleichzeitig davor gewarnt, in der Ausweitung der Ausländerbeschäftigung eine dauerhafte Lösung des österreichischen Arbeitskräftepotenzials zu sehen. Es gäbe in Österreich noch ein großes Potenzial in der Landwirtschaft und in den strukturschwachen Regionen, das durch Mobilitätsförderung besser ausgeschöpft werden könnte. Als ein entscheidender Faktor wurden weiters die berufstätigen Frauen bezeichnet. „Eine zuverlässige Prognose, ob die Zahl der berufstätigen verheirateten Frauen mit steigendem Realinkommen des Familienerhalters allmählich abnehmen oder weiterhin zunehmen wird, ist äußerst schwierig.“ Die permanente hohen Stel-

lenandrangszahlen für Frauen deuteten auf eine weitere Zunahme hin (S. 38).

Der dritte Teil der Studie beschäftigte sich mit dem „Grenzgängertum in den westlichen Bundesländern“. Anfang der 60er-Jahre waren rund 8% der Vorarlberger Arbeitskräfte in der Schweiz und in Deutschland tätig, in Salzburg war der Anteil minimal. Die Unternehmer machten die Lohnnebenkosten für das große Ausmaß des Lohngefälles verantwortlich. Die Studie sah die Abwanderungstendenz der Vorarlberger auch im Strukturproblem der Vorarlberger Industrie begründet: im Übergewicht der Textil- und Bekleidungsindustrie, die eine Niedriglohnindustrie war. Es gäbe Anzeichen für einen beginnenden Strukturwandel, der allerdings nur langfristig eine Entschärfung bringen könnte. Während sich die Unternehmenseite von der verstärkten Anwerbung von Gastarbeitern aus Jugoslawien und aus der Türkei eine Lösung ihres Arbeitskräfteproblems erwartete, empfahl die Studie mehr Bemühungen um österreichische Arbeitskräfte aus strukturschwachen Regionen und eine Wohnbaupolitik, die die Lebenshaltungskosten im Inland verbilligte (genossenschaftlichen Wohnbau statt „Häusle baue“).

3.3 Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft und Industriepolitik

Mit der Untersuchung „Das Eigentum an den österreichischen Kapitalgesellschaften“ begann die lange Serie der Eigentumsstudien der WWA.¹⁴ In der ersten Studie aus 1962 (mit Ergebnissen für das Jahr 1961) wurden nur Unternehmungen in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften (AG, GesmbH) erfasst. Am gesamten Kapital von 24,5 Mrd. Schilling betrug der Anteil des Bundes 42,8%, weitere 10,7% standen im Besitz von Ländern und Gemeinden. 9,8% der Gesellschaften standen im Besitz von Banken und Sparkassen, 15,6% hatten private Eigentümer, 19,3% waren in ausländischem Eigentum. Allerdings bildeten diese Anteile nicht die Eigentumsstruktur der gesamten Wirtschaft ab, da große Unternehmensgruppen und Einzelunternehmen damals noch nicht die Rechtsform der Kapitalgesellschaft hatten, z. B. der Schöller'sche Industriekonzern oder die Vorarlberger Textilindustrie. Die Bedeutung des österreichischen Privateigentums kam nicht seinem wirklichen Umfang entsprechend zum Ausdruck, wie in der Studie selbst vermerkt wurde. Die Studie beschrieb nur vereinzelt Veränderungen in der Eigentumsstruktur, z. B. im Bereich der Konzernunternehmungen der Creditanstalt-Bankverein, enthielt sich dabei weitgehend einer Bewertung. Ausländisches Eigentum wurde allerdings überwiegend kritisch bewertet. In der Zeit der Ersten Republik „trug die starke Überfremdung zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei“ (S. 21). Aktuell wurden positive und negative Auswirkungen einander ge-

genüberegestellt. Positiv waren u. a. die Einführung neuer Verfahren und Produkte und die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung durch Spezialisierung, negativ die Gewinnverschiebung durch willkürliche Verrechnungspreise, die Benachteiligung österreichischer Produktionsstandorte gegenüber dem Stammhaus in Krisenzeiten. „Eine breite Streuung ausländischer Investitionen bedeutet dagegen eine gewisse Garantie gegen diese Missstände.“

Viel umfassender war die Studie „Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft“ (1970), das Ergebnis jahrelanger Dokumentations- und Recherchearbeit. Im Unterschied zur Studie aus 1961 wurde auch die Eigentümerschaft für Personengesellschaften erhoben. Der Anteil der in Auslandsbesitz stehenden Unternehmungen am gesamten Kapital der Unternehmungen betrug nach den Ergebnissen der Erhebung 1969 25%. Bei den Beschäftigtenanteilen ergab sich eine etwas andere Verteilung: Auf den ausländisch kontrollierten Bereich entfielen 18,7% der Beschäftigten, auf verstaatlichte Industrie und Konzerne der verstaatlichten Banken 26,2%, und 55% auf Unternehmungen in inländischem Privateigentum.

Die Studie enthält detaillierte Darstellungen der Eigentumsverhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen sowie eine Analyse der Rolle des ausländischen Kapitals in der österreichischen Wirtschaft. Neu überdacht werden müsse die Forderung nach inländischer Kontrolle der „Schlüsselindustrien“ der österreichischen Wirtschaft, da die Inhalte dieses Begriffs in rapider Wandlung befänden. Eine österreichische Präsenz in einigen dieser Schlüsselindustrien wurde für notwendig erachtet. Bei Verkäufen zukunftsträchtiger Unternehmungen sollten die Verstaatlichtenholding ÖIAG und die verstaatlichten Banken sich um „österreichische Lösungen“ bemühen. Die Wirtschaftspolitik insgesamt müsse sich der zunehmenden Bedeutung multinationaler Konzerne annehmen, mit dem Ziel, „die Vorteile der Auslandsinvestitionen zu erhöhen und die Nachteile zu vermindern“ (S. 226).

Die Studie „Gemeinwirtschaft und wirtschaftliche Dynamik“ (1969) beschäftigte sich mit der Entwicklung der Gemeinwirtschaft (staatliche Unternehmungen in den Bereichen Infrastruktur, Industrie und Finanz) in Europa und in Österreich. Während der staatliche Unternehmenssektor in den meisten westeuropäischen Ländern expandierte, sei in Österreich eine Stagnation eingetreten. In Anbetracht der großen Bedeutung der staatlichen Unternehmungen seien davon negative Effekte auf die Dynamik der gesamten österreichischen Wirtschaft zu befürchten. Die bisher hauptsächlich in der Grundstoffherzeugung tätigen Unternehmungen müssten sich in die wachstumssträchtigeren Finalbereiche weiterentwickeln, wozu es in der Chemie und im Anlagenbau erste Erfolge gäbe. Die wichtigste Aufgabe der Verstaatlichtenholding ÖIG sollte „in der überfälligen Zusammenlegung und Koordinierung branchengleicher Unterneh-

mungen bestehen,“ worin sie aber bisher an regionalen, politischen und persönlichen Sonderinteressen gescheitert sei (S. 32). Eine weitere Aufgabe der ÖIG wurde in der Beschaffung der Mittel für notwendige Stärkungen der Kapitalbasis gesehen, auch im Sinne einer planvollen Gestaltung der Investitionen.

3.4 Lebensstandard und Einkommensverteilung

Fast alle Studien über Lebensstandard und Einkommensverteilung hatten eigene Erhebungen der Wiener Arbeiterkammer als Grundlage. Bereits in der Zeit zwischen den Weltkriegen hatte die AK Wien Primärerhebungen für eine eigene Haushaltsstatistik¹⁵ und eine Lohnstatistik¹⁶ durchgeführt, die nach 1945 wieder aufgenommen wurden.¹⁷

Die Untersuchungen über die Entwicklung des Lebensstandards (1959, 1960) konnten an die Studie Benedikt Kautskys „Die Haushaltsstatistik der Wiener Arbeiterkammer 1925 bis 1934“ (1937) anknüpfen. Das Hauptinteresse der Untersuchungen galt den Veränderungen der Struktur des Konsums der Haushalte als Indikator der Veränderung des Lebensstandards der Arbeitnehmer. Dessen langfristige Steigerung zeigte sich in der Abnahme des Anteils der Nahrungs- und Genussmittel (von 57,5% 1925 auf 34,5% 1958), der eine Zunahme des Anteils der „sonstigen Ausgaben“ (die Ausgaben für Verkehr, Gesundheits- und Körperpflege, geistige Zwecke, Erholung, Urlaub, Unterhaltung, die als „Wohlstandsanzeiger“ interpretiert wurden) von 19,3% auf 40,2% gegenüberstand. Insgesamt etwa konstant blieb in diesem Zeitraum der Anteil der Ausgaben für Miete und Wohnung und Bekleidung. Der damaligen Tradition entsprechend wurden auch die Ernährungsgewohnheiten detailliert untersucht, durch penible Berechnungen der Anteile von 22 Nahrungs- und Genussmitteln (z. B. Getreideerzeugnisse, Milch, Fette, Fleisch, Fisch Gemüse und Obst frisch und trocken, Zucker, Kaffee, Bier etc.) am Verbrauch von Wiener Arbeiter- und Angestelltenhaushalten und am „Nahrungsmittelverbrauch pro erwachsenen Mann“. Sogar noch detaillierter war die Untergliederung der Nahrungsmittelausgaben in der Studie aus 1960. Hier wurde auch der „Kalorienverbrauch pro Tag und Vollperson nach sozialer Stellung“ berechnet, getrennt nach pflanzlichen und tierischen Kalorien.

In der Untersuchung der Entwicklung von 1952 bis 1957 war die Frage, wie die rasche Zunahme der Reallöhne in diesem Zeitraum sich in den Verbrauchsgewohnheiten niederschlug. Unterschieden wurde in dieser Untersuchung nicht nur zwischen Arbeiter-, Angestellten- und Pensionistenhaushalten, sondern auch nach Haushaltsgröße und Einkommensstufen. Ein wichtiges Ergebnis der Studie war auch, dass in der unteren Einkommensstufe die Familieneinkommen deshalb so niedrig waren, weil die Frauenarbeit nur eine geringfügige Rolle spielte, während in der oberen

Einkommensstufe die Fraueneinkommen einen wesentlichen Beitrag leisteten. „Mit Ausnahme gewisser gehobener Angestelltenschichten ... beruht der verhältnismäßige Wohlstand der meisten Familien mit höheren Einkommen weitgehend auf der Berufsarbeit der Ehefrauen“ (1960, S. 4).

Eine weitere Studie dieses Typs war eine Untersuchung über die „Lebensverhältnisse der Arbeiter in der österreichischen Montanindustrie“ (in den verstaatlichten Unternehmungen in Oberösterreich, Steiermark und in Niederösterreich), die in Anlehnung an eine gleichartige Untersuchung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) entstand.

Der Anteil der Ausgaben für Wohnungsmiete (inkl. Instandhaltung) nach den Ergebnissen der Wiener Haushaltsstatistik für 1957 betrug 3% bei Arbeitern und 3,4% bei Angestellten, in beiden Fällen ein Rückgang gegenüber 1952. Auch die Kosten für Beheizung, Beleuchtung und Wohnungseinrichtung (ca. 9% 1957) waren tendenziell sinkend. Die niedrigen Kosten von Wohnungsmiete und Instandhaltung waren maßgeblich durch Gesetzgebung und Wohnbaupolitik bestimmt und Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Die Wiener Arbeiterkammer führte zu dieser für die Arbeitnehmer so wichtigen Frage eine Sondererhebung durch, die auf einer repräsentativen Stichprobe von mehr als 5.000 Haushalten beruhte. Liest man die Zusammenfassung am Ende dieser Studie (1961), so scheint das Ergebnis den gewaltigen Rechenaufwand kaum zu rechtfertigen – es wurde eine Vielzahl einfacher und multipler Korrelationsberechnungen für die Merkmale Einkommenshöhe, Haushaltsgröße einerseits und Wohnungsgröße, sowie Einkommenshöhe und Mietzins, alles noch einmal getrennt für Arbeiter, Angestellte, Beamte und Pensionisten durchgeführt, um zur Feststellung zu gelangen, dass „die Wohnungsgröße und der Mietaufwand nur in einem ganz schwach ausgeprägten Verhältnis zur Höhe des Einkommens und zur Zahl der Haushaltsmitglieder stehen“. Wenn die Ausgaben für Mietzins in drei Viertel aller erfassten Haushalte weniger als 6% betragen, so zeige dies, dass „die Mietzinsregulierung für die überwiegende Zahl der unselbständigen Einkommensbezieher von eminenter sozialpolitischer Bedeutung (ist)“. Dafür sei in Kauf zu nehmen, dass gleichzeitig die niedrigen Mietzinse auch einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Empfängern hoher Einkommen zugutekommen (S. 223).

Die letzte Studie auf Basis der AK-eigenen Haushaltsstatistik war die Studie „Armut in Wien“ (1974). Auf der Grundlage der Verbrauchsstruktur wurden ein Mindeststandard und ein gehobener Mindeststandard berechnet. Von Armut betroffen waren fast nur kinderreiche Haushalte mit einem einzigen Einkommensbezieher. Für diesen Familientypus erreichte das Einkommen eines größeren Teils der Arbeiter nicht den gehobenen Mindeststandard. Die Armutsstudie des WwA war die erste auf diesem Gebiet in Österreich. Dennoch blieb die öffentliche Resonanz gering.

Auf der AK-eigenen Lohnstatistik beruhte die Studie „Die langfristige

Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien“ (1964). Gegenstand der Untersuchung war die Verteilung der Löhne und Gehälter im Zeitraum von 1926 (Arbeiter) bzw. 1937 (Angestellte) bis 1960. Als wichtigstes Ergebnis in der Gesamtsicht ergab sich eine Nivellierungstendenz in Form einer Annäherung von Männer- und Frauenlöhnen, Zeit- und Akkordlöhnen, Fach- und Hilfsarbeiterlöhnen, bei den Angestellten eine Annäherung der verschiedenen Verwendungsgruppen. Die Nivellierungstendenz war jedoch nicht kontinuierlich, sondern bis 1953 beobachtbar. Danach setzte als Folge der Rückkehr zu Branchenlohnverhandlungen eine Entnivellierung ein, welche die vorherige Angleichung teilweise wieder rückgängig machte. Wie auch alle anderen von Erwin Weissel verfassten Studien enthält diese Pionierarbeit eine große Fülle von Detailergebnissen, die hier nicht referiert werden können.

Die Folgestudie über die „Lohnentwicklung in der Wiener Industrie in den sechziger Jahren“ (1974) zeigte eine viel weniger einheitliche Entwicklung der Lohnstrukturen, z. B. eine weitere Annäherung von Frauen- und Männerlöhnen beim Akkordlohn, während andere Relationen konstant blieben. Bei Betrachtung der Gesamtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen holte der untere gegenüber dem mittleren und oberen Lohnbereich etwas auf, während das Verhältnis der beiden letzteren etwa konstant war.

Die vom Institut für Wirtschaftsforschung erstellten Zeitreihen für eine österreichische Volkseinkommensrechnung dienten als Grundlage für die Studie „Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 bis 1967“ (1970). Wenn die Lohnquote in langfristiger Betrachtung eine markante Zunahme aufwies, so musste bei der Interpretation dieser Tendenz die Veränderung in der Struktur der Erwerbstätigkeit berücksichtigt werden. Parallel zu Anstieg der Lohnquote von 51% 1913 bzw. 57,2% 1924 auf 67,3% 1967 war auch der Anteil der unselbstständig Beschäftigten von 64% auf 73,1% gestiegen. Sieht man von dem Sprung der Lohnquote nach oben nach dem Ersten Weltkrieg ab, so zeigte sich, dass die berechneten Kennzahlen (Lohn-Einkommensrelation) weder für die Gesamtwirtschaft noch für den gewerblich-industriellen Sektor einen Trend in eine bestimmte Richtung aufwiesen. Die erheblichen kurz- und mittelfristigen Schwankungen der Lohnquote können nur zum Teil durch die Konjunktur bzw. den Investitionszyklus erklärt werden. Langfristige Konstanz der funktionellen Einkommensverteilung war die wesentliche, wenn auch verkürzte implizite Botschaft der Studie.

3.5 Wettbewerb

Die 1963 veröffentlichte Studie „Der Graue Markt in Österreich“ war die erste ihrer Art, die den seit den späten 50er-Jahren zunehmenden Missstand der Gewährung großer Rabatte auf fiktive Listenpreise („Bruttoprei-

se“) von dauerhaften Konsumgütern wissenschaftlich analysierte. Die Studie beruhte auf der Auswertung von über 10.000 Fragebögen von Arbeitnehmern in ganz Österreich über die Beschaffungswege für dauerhafte Konsumgüter. Durch diese Erhebung wurde die allgemein gängige Praxis der Preisnachlässe an individuelle Käufer umfassend dokumentiert. Für zwei Drittel aller Barkäufe wurden solche Preisnachlässe gewährt, die bei Elektrogeräten bis zu 50 Prozent gingen. Kritisiert wurde an dieser Praxis vor allem die Beeinträchtigung der Markttransparenz, darüber hinaus auch die Benachteiligung von Ratenkäufen. Die Voraussetzung für die „Rabattkonkurrenz“ war ein Kartellgesetz, das sowohl Preisbindungen auf der Einzelhandelsstufe als auch sog. „unverbindliche Empfehlungen“ der Erzeuger für Verbraucher zuließ. Die Beseitigung des Missstandes könne durch ein vom Handelsminister zu erlassendes generelles Verbot der vertikalen Preisbindung und Preisempfehlung erreicht werden.

3.6 Agrarstudien

Auch in diesem Bereich hat die WwA mehrere Studien erstellt, zuerst über Teilmärkte wie Milchwirtschaft, Viehwirtschaft und Fleischversorgung usw. 1968 wurde mit der Studie „Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“ eine umfangreiche Untersuchung über die Produktions- und Einkommensverhältnisse der österreichischen Landwirtschaft vorgelegt.

Der Rückgang des Anteils der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen setzte Anfang der 50er-Jahre ein, als zwangsläufige Begleiterscheinung der Industrialisierung. Gleichzeitig partizipierten die Bauern am raschen Wirtschaftswachstum durch steigende Einkommen. Die Studie zeigte auf, dass trotz zunehmenden Betriebsgrößen die Struktur immer noch kleinbetrieblich geprägt war, was eine rationelle, international konkurrenzfähige Produktion unmöglich machte. Dazu kam ein Kapitaleinsatz, der in weiten Bereichen zu einer Überkapitalisierung führte. Um die Landwirtschaft bei der Integration in den industriellen Entwicklungsprozess zu unterstützen, wurden u. a. Maßnahmen zur Verbesserung der Größenstruktur, stärker wachstumsorientierte Zielsetzungen bei den staatlichen Förderungsmaßnahmen und eine Verlagerung auf Produkte, die den Konsumentenwünschen besser entsprachen, vorgeschlagen.

— — —

An dieser Übersicht über die Studien der WwA in den Jahren 1957 bis 1973 fällt auf, dass im Bereich der Budget- und Steuerpolitik keine Untersuchungen veröffentlicht wurden. Wie noch zu zeigen ist, bilden die Studien nur einen Teil der publizistischen Tätigkeit der Abteilung ab. Zahlreiche kleinere Arbeiten wurden in der von AK und ÖGB gemeinsam herausgegebenen Monatszeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ veröffentlicht.

Die Budgetpolitik bildete spätestens seit der Gründung des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt in der WwA, aus der wesentliche Beiträge zu den Budgetstudien kamen, die der Beirat gleich nach seiner Einsetzung in Angriff nahm.

4. Der Stilwandel in der Wirtschaftspolitik und die Rolle der WwA

Nach dem starken Wachstumsschub in der Periode 1954-1961 schwächte sich das Wachstum des BNP in den 60er-Jahren deutlich ab (nur noch 4,3% 1962-1967) und sank sogar unter den westeuropäischen Durchschnitt. Österreich hatte im Wohlstandsniveau in den 50er-Jahren stark aufgeholt, das BNP pro Kopf war aber immer noch um fast ein Viertel unter demjenigen Westdeutschlands und fast 15 Prozent unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Es war unbestritten, dass weiterhin ein Aufholbedarf im Pro-Kopf-Einkommen bestand.

Auch die Institutionen und Methoden, mit denen in Österreich Wirtschaftspolitik gemacht wurde, erschienen im Vergleich zu westeuropäischen und erst recht US-amerikanischen Standards veraltet. „Ab dem Ende der 50er-Jahre hatte sich in der ganzen westlichen Welt die Ära der Technokratie durchgesetzt.“¹⁸ Es hatte eine „Professionalisierung“ der Wirtschaftspolitik stattgefunden, deren Diskussionen in der Begriffswelt der keynesianischen Makroökonomie geführt wurden, und in der zunehmend wissenschaftlich ausgebildete Experten den Ton angaben. Die konservative Richtung in Österreich wollte am alten, nicht-technokratischen Politikstil festhalten. Es fehlte allerdings eine konzeptionelle Grundlage. Die in Deutschland erfolgreiche Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft“ war für die Wirtschaftspolitik des Raab-Kamitz-Kurses wegen der traditionell wettbewerbsfeindlichen und protektionistischen Haltung der Wirtschaftskammer in Österreich nicht wirklich brauchbar.¹⁹

In dieser Konstellation erlangte die WwA der AK Wien strategische Bedeutung für die Position der Arbeitnehmerseite in der Wirtschaftspolitik. Ein *think tank* dieses Typs, wenn auch nur aus wenigen Personen bestehend, bedeutete einen Vorsprung gegenüber den anderen Teilnehmern an den Entscheidungsprozessen der Wirtschaftspolitik, denn weder die für Wirtschaftspolitik zuständigen Ministerien noch – zumindest in den frühen 60er-Jahren – die Wirtschaftskammer verfügten über einen professionellen Expertenstab, auf den sie sich stützen konnten.

Dazu kam, dass vor dem Hintergrund der – wie sich zeigen sollte – vorübergehenden Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft die Dringlichkeit einer Neuorientierung ständig zunahm. In dieser Situation konnte die Arbeitnehmerseite trotz der Wahlniederlagen der SPÖ und

trotz des Endes der Großen Koalition gerade in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung (1966/70) die wirtschaftspolitische Diskussion dominieren und einen erheblichen Teil ihrer Konzepte und Forderungen umsetzen.

Gemeinsam mit den Wirtschaftsexperten des ÖGB hatten die in der WwA tätigen Ökonomen bereits 1961 die Initiative zur Schaffung eines wirtschaftspolitischen Diskussionsforums, des sog. Kautsky-Kreises ergriffen. Weitere Mitglieder kamen aus Kreisen der sozialdemokratischen Beamtenschaft, des Managements bzw. der leitenden Angestellten von verstaatlichten Unternehmungen und Banken, aus der Nationalbank und aus dem Wirtschaftsforschungsinstitut. Diese Zusammensetzung ergab eine produktive Mischung aus Theoretikern und Praktikern, wobei die Grenzen damals weit weniger scharf gezogen waren als heute. Es gab damals noch den Typus des Bankdirektors, der sich über das Geldwesen auch theoretische Gedanken machte und darüber schrieb, den Manager eines verstaatlichten Unternehmens, der über Strukturpolitik und ihren Beitrag zum Wirtschaftswachstum reflektierte. Andererseits war die Mathematisierung und Formalisierung der Wirtschaftstheorie damals deutlich geringer und diese für eine Anwendung auf konkrete Fragen der Wirtschaftspolitik daher wesentlich besser geeignet als heute. Unter maßgeblicher Beteiligung der WwA erarbeitete der Kautsky-Kreis ein Grundsatzpapier, das 1962 als Broschüre „Währungsstabilität und Wirtschaftswachstum“ veröffentlicht wurde.

Die in der WwA-Studie „Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft“ (1963) vorgestellte wachstumspolitische Konzeption ging über die keynesianische Konzeption einer globalen Steuerung makroökonomischer Aggregate hinaus. Die planerischen Elemente der verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik sollten zu einem System der gesamtwirtschaftlichen Planung (in der Studie als „Programmierung“ bezeichnet) zusammengefügt werden. Das bevorzugte Modell war die in Frankreich praktizierte „Planification“, ein System, in dem branchenmäßige und sektorale Teilplanungen unterschiedlicher Intensität zu einem fünfjährigen Gesamtplan der makroökonomischen Entwicklung zusammengefasst wurden. Eine Schlüsselrolle kam den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und den Investitionen der verstaatlichten Industrie zu. Auf Initiative von Arbeiterkammer- bzw. Gewerkschaftsseite unternahm eine Experten-Gruppe der Sozialpartner im Februar 1963 eine Studienreise nach Paris, um sich vor Ort über die Tätigkeit des Commissariat Général du Plan zu informieren.²⁰

Die Wachstumsabschwächung und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Kontrolle der Inflation und der Erstellung der Budgets veranlasste Wirtschaftskammer und die ÖVP-Seite der Bundesregierung zu einem Einlenken in der Frage der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Die Forderung nach „Programmierung“ wurde zwar abgelehnt, als Kompromiss

aber 1963 der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ neben dem Preis- und dem Lohnunterausschuss als dritte Unterkommission der Paritätischen Kommission etabliert. Als Expertengremium konstituiert und mit der Erarbeitung von Analysen und Empfehlungen in Fragen der makroökonomischen Politik beauftragt, wurde der Beirat rasch zu einer treibenden Kraft für einen neuen, technokratischen Stil der Wirtschaftspolitik.²¹ In seinen Arbeitsgruppen (Budgetpolitik, Kapitalmarkt, Arbeitskräftepotenzial), die sich aus Experten der Verbände, der Ministerien, des Instituts für Wirtschaftsforschung, der Banken und der Nationalbank zusammensetzte, waren die ausgearbeiteten Konzepte der WwA oft ein beträchtlicher Startvorteil. Z. B. gelang es der AK, über die Arbeitsgruppe Budgetpolitik des Beirats Einfluss auf die Budgetpolitik der Regierung zu nehmen, ähnlich auch in der Kapitalmarktpolitik und in der Arbeitsmarktpolitik.

Auch am Wirtschaftsprogramm der SPÖ (1968) hatten die Ökonomen der WwA einen maßgeblichen Anteil. Um dem SPÖ-Programm zuvorzukommen, beauftragte die Regierung den damaligen Staatssekretär Stephan Koren²² mit der Erstellung eines nach ihm benannten „Planes“, der ebenfalls dem neuen Stil der Wirtschaftspolitik entsprechen sollte. Schon durch die Bezeichnung erweckte der Koren-Plan intern einigen Widerspruch. Im Wahlkampf für die Nationalratswahl 1970 spielte er kaum noch eine Rolle, während die SPÖ ihr Wirtschaftsprogramm intensiv nutzte, um Wirtschaftskompetenz zu demonstrieren.

Während Koren noch 1967 gegen eine „Überbewertung der Strukturprobleme“ argumentiert und für die Überwindung der Wachstumsschwäche eine „Dämpfung des Kostenauftriebs“ gefordert hatte, lag der Schwerpunkt der Maßnahmen seines Planes bei der Strukturpolitik. Zur Förderung der in den 60er-Jahren stagnierenden Industrieinvestitionen wurden neue Instrumente angekündigt: eine staatliche Investitionsbank, die Gründung eines „Entwicklungs- und Erneuerungsfonds“, der Haftungen und Zinsenzuschüsse gewähren konnte, steuerliche Förderung der Unternehmenskonzentration, eine Erhöhung der Forschungsförderung, ein neues Kartellgesetz zur Förderung des Wettbewerbs, ein mehrjähriges Investitionsprogramm des Bundes, aktive Arbeitsmarktpolitik u. a.

Dies bedeutete insgesamt eine ziemlich markante Neuorientierung der Wachstums- und Strukturpolitik im Sinne der in den Studien der WwA entwickelten Konzeption, besonders, was die zuvor abgelehnte selektive steuerliche Investitions- und Forschungsförderung betraf.

Der schon vor 1966 einsetzende Wandel in Stil und Inhalt hin zu einer technokratischen Wirtschaftspolitik hatte sich in der Ära der ÖVP-Alleinregierung beschleunigt fortgesetzt. Auf politischer Ebene waren AK und ÖGB die treibenden Kräfte dieser Veränderung, in fachlicher Hinsicht war der Anteil der WwA beträchtlich. Der größte Widerstand kam aus den traditionell-konservativen Teilen von ÖVP bzw. Wirtschafts- und Landwirt-

schaftskammer. Aber auch in der SPÖ war die Zustimmung für die Neuorientierung in Stil und Inhalten nicht einhellig. Auf theoretischer Ebene gab es Vorbehalte und Misstrauen gegenüber dem Keynesianismus bei marxistisch orientierten Funktionären. Die politische Führungsschicht betrachtete bis zum Wechsel an der Parteispitze von Bruno Pittermann zu Bruno Kreisky 1967 die Sozialpolitik als ihre eigentliche Domäne. In der Wirtschaftspolitik richtete sich ihr Hauptaugenmerk auf den staatlichen Unternehmenssektor (Bahn, Post, Verstaatlichte Industrie, Elektrizitätswirtschaft). Forderungen zugunsten dieser Bereiche wurden gegen wirtschaftspolitische ÖVP-Interessen „abgetauscht“. Aus dieser Perspektive war der Anspruch auf Mitgestaltung von Bereichen wie Kapitalmarkt-, Investitions- und Wettbewerbspolitik ungewohnt und nicht selten auch irritierend. Dies änderte sich grundlegend, als Bruno Kreisky zum Parteiobmann gewählt wurde und die SPÖ offensiv Kompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen demonstrierte.

Wesentliche Teile des Koren-Plans wurden in den letzten Jahren der ÖVP-Alleinregierung umgesetzt, in denen Koren das Finanzministerium leitete (1968-1970).²³ Darauf und auf eine unerwartet kräftige Aufschwungstendenz der Konjunktur konnte 1970 die SPÖ-Alleinregierung aufbauen.

5. Der wirtschaftspolitische Diskurs in den 60er-Jahren²⁴

Der Stilwandel in der Wirtschaftspolitik verdankte seine Dynamik nicht zuletzt auch einer Eigendynamik des öffentlichen Diskurses. Ein relevanter Teil dieses Diskurses fand damals auf einer Ebene statt, die es heute nicht mehr gibt, nämlich in den „intellektuellen Zeitschriften“, wie ich sie nennen möchte.²⁵ Die Verbände gaben Fachzeitschriften von hohem Niveau heraus, die sich hauptsächlich mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigten – Arbeiterkammer und ÖGB gemeinsam die Monatszeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ (A&W), die Wirtschaftskammer die „Wirtschaftspolitischen Blätter“. Die führende intellektuelle Zeitschrift dieser Zeit war zweifellos das monatlich erscheinende, von dem Schriftsteller Friedrich Torberg herausgegebene „FORVM“, dem 1966 Günther Nening als Herausgeber nachfolgte.²⁶ Auch die Parteien leisteten sich damals „theoretische Organe“ von hohem intellektuellen Niveau: Die Sozialisten hatten „Die Zukunft“, die ÖVP „Die österreichischen Monatshefte“. Eine zentrale Rolle im wirtschaftspolitischen Diskurs spielte die wöchentlich erscheinende Wirtschaftszeitschrift „Finanznachrichten“, herausgegeben von Horst Knapp, der auch einen großen Teil des Inhalts dieser Zeitschrift selbst bestritt.

Die interne Diskussion auf der Arbeitnehmerseite wurde vor allem in

A&W und in der „Zukunft“ ausgetragen. Zentrale allgemeine Frage war darin die Alternative Marx versus Keynes. Die positive Einschätzung von Keynes durch Stefan Wirlandner und den auch dem Marxismus verpflichteten Eduard März wurde von anderen sozialistischen Ökonomen nicht geteilt – Gegner des Keynesianismus waren u. a. Benedikt Kautsky²⁷ und auch Hans Bayer.²⁸ Um einen Ausgleich der Gegensätze durch eine Synthese von Marx und Keynes bemühte sich in zahlreichen Artikeln in A&W Johannes Kasnacich-Schmid.²⁹ Diese Diskussion wurde in den 60er-Jahren nicht mehr fortgesetzt.

Beiträge für A&W nach dem Krieg kamen auch von emigrierten ehemaligen AK-Mitarbeitern, die nicht nach Österreich zurückgekehrt waren.³⁰ Die Seiten von A&W standen auch externen „bürgerlichen“ Autoren offen. Artikel für A&W verfassten u. a. die Professoren Hans Mayer, Wilhelm Weber und August M. Knoll (Universität Wien), der damalige ÖVP-Finanzminister Margaretha zum Budget, und andere.

Wichtiger für die Durchsetzung eines neuen Stils und neuer Inhalte in der Wirtschaftspolitik waren die von Verbänden und Parteien unabhängigen Zeitschriften „Finanznachrichten“ und FORVM. Die Mitglieder der WwA veröffentlichten zahlreiche Artikel in diesen Zeitschriften und konnten so ihre in den Studien erarbeiteten Konzepte einem breiteren Kreis von Interessenten bekannt machen,³¹ während die andere Seite von dieser Möglichkeit nur sehr spärlich Gebrauch machte. Dass die Diskussionen über eine neue Wirtschaftspolitik in dieser Zeit über den Kreis der ökonomischen Fachexperten hinaus ein intellektuelles Interesse auf sich lenken konnten, zeigt sich daran, dass das FORVM 1966 eine Zeit lang eine eigene Abteilung für Artikel zu ökonomischen Themen einrichtete.³²

Einen großen Einfluss auf die Meinungsbildung hatte Horst Knapp, zunächst als Herausgeber und Hauptautor der Finanznachrichten, später nicht zuletzt auch durch seine Kommentare im Fernsehen. Ebenso wie der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Franz Nemschak³³ unterstützte Knapp die Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Wirtschaftspolitik zur besseren Koordinierung der einzelnen Maßnahmen³⁴ und nach einem strukturpolitischen Konzept.³⁵ Er plädierte dafür, den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen möglichst frei arbeiten zu lassen und kritisierte die Wirtschaftskammer, als diese 1965 an Stelle eines Experten ihren Generalsekretär in den Beirat entsandte, um die Verbandsinteressen stärker zur Geltung zu bringen.³⁶ Knapp bezweifelte die marktwirtschaftliche Orientierung der ÖVP und der Wirtschaftskammer, aus deren Reihen Forderungen nach einer Verschärfung des Gewerberechts und nach Erhöhung des Zollschatzes kamen,³⁷ und unterstützte die Maßnahmen zur Beseitigung des „Grauen Marktes“ und zur Schaffung eines echten Preiswettbewerbs.³⁸ In den Finanznachrichten veröffentlichte er Artikel von WwA-Ökonomen, die für eine mittelfristige Budgetplanung eintraten.³⁹

Wenn Horst Knapp für planvolle Wirtschaftspolitik im Rahmen einer von Technokraten erstellte Gesamtkonzeption eintrat, so folgte er andererseits nicht der Forderung nach „Programmierung“ bzw. der Einführung eines Systems der Planifikation nach französischem Vorbild, die er wegen ihres Dirigismus ablehnte.

Liest man die Beiträge in den alten Jahrgängen der Zeitschriften, die es heute überhaupt nicht oder in dieser Art nicht mehr gibt, so fällt einem auf, wie viel Mühe der verbalen Argumentation die Autoren der Beiträge aufwendeten, um Thesen und Zusammenhänge plausibel zu machen und dadurch die LeserInnen von der Richtigkeit einer Idee zu überzeugen, auch Gegenargumente zu widerlegen. Vier und mehr Zeitschriftenseiten wurden dafür offenbar ohne Weiteres als leseverträglich betrachtet. Es fand ein wirklicher verbaler Diskurs über Fragen der Wirtschaftspolitik statt, in dem auch die Kunst der Formulierung und die Eleganz der Ausdrucksweise eine Rolle spielten.

6. Die neue Wirtschaftspolitik und die Ökonomik der „Arbeiterbewegung“ nach 1970

Vom Standpunkt der WwA aus betrachtet erschien 1970 das Ausmaß des Wandels in der Wirtschaftspolitik wie ein Glas, das man als halb voll oder halb leer bezeichnen konnte. Erwartungen, dass die sozialistische Alleinregierung nun darangehen würde, es voll zu machen durch eine schrittweise Umsetzung des Wirtschaftsprogramms 1968, sich nicht erfüllten. Dies galt nicht nur hinsichtlich der Einführung der Programmierung, sondern auch für die Mehrzahl jener Maßnahmen, von denen keine so stark systemverändernden Wirkungen ausgegangen wären.

In der Investitionspolitik wurde die indirekte Förderung nicht nur nicht zurückgenommen, sondern zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten (vorzeitige AfA, Investitionsrücklage) ein Investitionsfreibetrag eingeführt. Als Begleitmaßnahme zur Einführung der Mehrwertsteuer wurde sogar noch zusätzlich eine befristet gültige Sonderabschreibung von 25 Prozent eingeführt. Die überkommene Form der Sparförderung durch steuerliche Freibeträge wurde weiter ausgebaut.⁴⁰

In der direkten Förderung der Investitionen wurden die Finanzierungsvolumina der neuen Instrumente (EE-Fonds, Investkredit Bank) in den 70er-Jahren deutlich erhöht. Die Erhöhung der Förderungswirkung durch Schwerpunktsetzung in „Zukunftsbereichen“ wurde jedoch nicht erreicht, wie eine Studie der WwA aus 1977 feststellte.⁴¹

In der verstaatlichten Industrie wurde die Unternehmenskonzentration innerhalb des Konzerns vorangetrieben (Fusionen von VÖEST und Alpine, Böhler und Schöller Bleckmann, usw.), wobei heftige innere Wider-

stände überwunden werden mussten. Wenn diese Maßnahmen dazu beitrugen, „dass die österreichischen Stahlindustrie die Krise am Weltstahlmarkt in ihrer fusionierten Form wesentlich besser überstanden hat, als dies den Einzelunternehmungen möglich gewesen wäre“,⁴² so war dies allerdings noch keine definitive Lösung der Strukturprobleme, wie sich später zeigen sollte.⁴³

Legistische Fortschritte im Sinne des Wirtschaftsprogramms 1968 wurden im Bereich der Gewerbeordnung, des Kartellrechts und des Konsumentenschutzes erzielt.

Das Resümee der WwA über zehn Jahre SPÖ-Regierung anerkannte die Erfolge in der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik, war aber ziemlich ernüchternd in Bezug auf Verteilungs- und Strukturpolitik. In der Verteilungspolitik seien auch die begrenzten Spielräume nicht genutzt worden. Auf der „Mikroebene“ habe „die Regierung bei weitem nicht alle Spielräume ausgeschöpft und zum Teil Maßnahmen gesetzt, gegen die ernste Bedenken erhoben werden müssen. ‚Sachzwänge‘ für solches Handeln sind zwar nicht generell auszuschließen, können aber nur in den allerwenigsten Fällen geltend gemacht werden.“⁴⁴

Die Bedingungen für die planvolle Umsetzung einer konzeptiven Wirtschaftspolitik waren in den erst drei Jahren der SPÖ-Regierung insgesamt sehr günstig. Österreichs Wirtschaft erlebte den letzten größten Wachstumsschub der Nachkriegszeit mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme des BNP von 5,2% im Zeitraum 1967/74, was ein weiteres Aufholen gegenüber den westeuropäischen Ländern bewirkte. Mit dem (ersten) Ölpreisschub 1973 trat allerdings eine dramatische Wende ein. Schon vorher war das System der festen Wechselkurse von Bretton Woods zusammengebrochen, eine Serie von Auf- und Abwertungen der europäischen Währungen war die Folge. Priorität nach der Ölpreiserhöhung hatte zunächst die Inflationsbekämpfung. Die Rezession 1975, die erste seit 1952, brachte dann die Zäsur im Wirtschaftswachstum. Ab diesem Jahr war der Kampf um die Vollbeschäftigung Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik.

Im Unterschied zur ersten DM-Aufwertung 1969 hatte Österreich bei der DM-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar 1973 mitgezogen (zuvor schon 1971). Damit begann die Ära des Austrokeynesianismus, der originellen Kombination von expansiver Fiskal-, stabilitätsorientierter Einkommens- und Hartwährungspolitik, mit der es Österreich nahezu bis zum EU-Beitritt gelang, den Zustand der Vollbeschäftigung zu erhalten.⁴⁵ Der Austrokeynesianismus lag jedoch nur zur Hälfte auf der wirtschaftspolitischen Linie der WwA. Anfänglich bestand hier eine beträchtliche Skepsis, vor allem wegen des nicht unbeträchtlichen Risikos der Hartwährungspolitik. Die Architekten der Hartwährungspolitik waren Finanzminister Androsch, Heinz Kienzl und Stephan Koren, der als Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs und später als Nationalbankpräsident diese Politik unterstützte.

Was das Konzept einer gesamtwirtschaftlichen Planung (Programmierung), ob nach französischem oder anderem Vorbild, betrifft, so ist zu bezweifeln, dass es unter den Ökonomen der Arbeitnehmerseite jemals überwiegende Zustimmung hatte. Es war kein Geheimnis, dass der 4. Plan Frankreichs 1963 aufgegeben werden musste, weil die Inflation außer Kontrolle geraten war, und der 5. Plan (1966/69) in der Praxis keine große Bedeutung mehr hatte.⁴⁶ Wenn „aus den Blümenträumen einer längerfristigen Planung der österreichischen Wirtschaft kaum etwas geworden ist“,⁴⁷ so hielt sich die Enttäuschung darüber bei den Skeptikern in Grenzen. Für die „Arbeiterbewegung“ im Sinn einer hundertjährigen Tradition bedeutete der Abschied von der Vorstellung einer geplanten Wirtschaft einen Bruch. Für Eduard März, der sich immer als Marxist verstand,⁴⁸ war die keynesianische Wirtschaftspolitik, der sein voller Einsatz als Ökonom galt, ein Zwischenschritt. Die Programmierung hatte die Funktion, die allmähliche Transformation der *mixed economy*, die immer noch ein Wirtschaftssystem vom Typ des Kapitalismus war, zu einem sozialistischen Wirtschaftssystem zu befördern – dies alles in sehr langen Zeithorizonten und im Rahmen eines liberal-demokratischen politischen Systems. Das Aufgeben des Konzepts machte diese Perspektive hinfällig.⁴⁹

Dem ersten Bruch folgte etwas später ein zweiter, nicht weniger einschneidender: der Beinahe-Kollaps der verstaatlichten Industrie 1985/86. Aus einer marxistischen Perspektive waren Staatsunternehmungen nicht nur Instrumente der Wachstums- und Strukturpolitik bzw. der politischen Neutralisierung eines Teils des Kapitals in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Die wichtige Rolle der Staatsunternehmungen konnte dabei auch noch als Element der Sozialisierung im Sinne der älteren sozialdemokratischen Tradition eines „organisierten Kapitalismus“ (Rudolf Hilferding⁵⁰) verstanden werden. Auch dieser Ansatzpunkt einer Systemtransformation fiel in den 80er-Jahren weg.

Den Zeitraum meiner Darstellung der so erfolgreichen Tätigkeit der WwA als „erster *think tank* für die Arbeiterbewegung“ habe ich daher mit der Pensionierung ihres ersten Leiters Eduard März 1973, oder jedenfalls kurz danach, begrenzt, da es in der späteren Zeit die Perspektive einer Transformation des Wirtschaftssystems, die der Ideologie der „Arbeiterbewegung“ zugrunde lag, eigentlich nicht mehr gab. Erkannt hat dies Horst Knapp in seinem Beitrag zur „Zwischenbilanz“ über zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung. Knapp anerkannte die Erfolge des „eigenständigen österreichischen Weges“ in der Konjunktur- und Stabilitätspolitik. Wenn man vielleicht in der hohen Priorität für Vollbeschäftigung etwas „speziell Sozialistisches“ sehen könne, so könne man schwerlich „die Punze des Sozialistischen auch dem Weg aufprägen, auf dem dieses Vollbeschäftigungsziel zu verwirklichen getrachtet wurde“.⁵¹ Für die

Orientierung der Wirtschaftspolitik falle die „Affinität zu einer bestimmten nationalökonomischen Lehrmeinung stärker ins Gewicht“ als zur Ideologie einer Partei.

7. Und heute?

Die Rolle von *think tanks* im wirtschaftspolitischen Diskurs hat seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts noch weiter zugenommen. Die anderen Interessenvertretungen, v. a. die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung, bis zu einem gewissen Grad auch die Ministerien, insbes. das Finanzministerium, haben „aufgerüstet“ und sich den Erfordernissen einer technokratisch geführten Diskussion angepasst. Sie sind dabei zum Teil andere Wege gegangen, indem sie neue Institute geschaffen haben oder in größerem Ausmaß extern Studienaufträge an das Institut für Höhere Studien, das Institut für Wirtschaftsforschung und andere vergeben haben, um ihre Positionen zu untermauern. Auch die AK hat in den letzten Jahrzehnten zunehmend externe Studienaufträge an Institute vergeben, insbesondere für Fragestellungen, welche die Kapazität einer Abteilung von der Größe der WwA, deren Personalstand sich seit den 70er-Jahren nur wenig verändert hat, übersteigen.

Seit 1975 verfügt die WwA mit der Zeitschrift „Wirtschaft und Gesellschaft“ über ein eigenes Publikationsorgan mit quartalsweisem Erscheinen, in dem Arbeiten aus der Abteilung veröffentlicht werden, das aber auch für Beiträge von außen offensteht. Große Aufmerksamkeit wird auch dem Rezensionsteil gewidmet, in dem laufend über Neuerscheinungen informiert wird. Daneben gibt es die Reihe „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“, in der bis heute über 160 Hefte erschienen sind. Seit mehr als 20 Jahren veranstaltet die WwA wissenschaftliche Tagungen, auf denen allgemeine und spezielle Fragen der Wirtschaftspolitik mit österreichischen und internationalen Ökonomen und Ökonominen diskutiert werden. Die Schriftenreihe, in der die Referate veröffentlicht werden, zählt heute bereits 19 Nummern.

Trotz der vielfältigeren und besseren Publikationsinstrumente ist es heute im Vergleich zu den 60er- und 70er-Jahren schwieriger geworden, Studien und ihre Ergebnisse öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen, besonders aber, sie in eine Diskussion im Kreis von Ökonomen einzubringen, die heute viel weniger stattfindet als in den ersten Jahrzehnten der WwA.

Wahrscheinlich ist auch in den Massenmedien heute schwerer, mit Botschaften durchzukommen, vor allem dann, wenn sie sich nicht auf eine – meist triviale – Kurzformel reduzieren lassen. Eine auf verbale Darstellungen angewiesene Ökonomie wie die keynesianische kommt ohne längere

Argumentation nicht aus, aber Massenmedien wollen alles auf einen Satz reduzieren. Der Zug zur Oberflächlichkeit ist anscheinend unaufhaltsam – man vergleiche Fernsehkommentare von Horst Knapp mit heutigen „Wirtschaftskommentaren“. Berichte über ökonomische Studien in den Massenmedien gehen nur wenig auf die Inhalte ein, dafür stempeln sie einfach ab, „von wem etwas kommt“. Wie das Beispiel des von der Industrie finanzierten eco-Instituts zeigt, sind sie bei verschleierte Abhängigkeit großzügiger.

Dass es einen Expertendiskurs in der Wirtschaftspolitik in Österreich heute viel weniger gibt als in den ersten zwei Jahrzehnten der WwA, ist meines Erachtens darauf zurückzuführen, dass die „intellektuellen Zeitschriften“ heute nicht mehr existieren.⁵² Es fehlt daher an einer Zwischenebene zwischen den technischen Fachzeitschriften (dazu gehört auch „Wirtschaft und Gesellschaft“) und den Massenmedien, wo es zu einer echten Diskussion über komplizierte Inhalte kommt.

Im Unterschied zu den 60er- und teilweise auch noch den 70er-Jahren, in denen der Keynesianismus in seinen verschiedenen Versionen die theoretische Grundlage des wirtschaftspolitischen Diskurses bildete, ist der *mainstream* der heutigen ökonomischen Wissenschaft extrem diskursfeindlich, um nicht zu sagen „autistisch“. Sogenannte „heterodoxe“ Richtungen werden an den Universitäten diskriminiert, manchmal in Nischen zugelassen. In die Zwangsjacke der sog. „allgemeinen Gleichgewichtstheorie“ gepresst, hat die Makroökonomie ihre Relevanz für die Wirtschaftspolitik weitgehend eingebüßt. Ökonomie solcherart verstanden als „mathematische Naturwissenschaft“ leistet dem Missbrauch Vorschub. Ein Beispiel für Willkürlichkeit und Beliebigkeit von Studienergebnissen sind die sog. „nichtkeynesianischen Effekte von Budgetkonsolidierungen“.

Die Universitäten kultivieren eine Pseudoempirie: Viele scheinbar empirische Arbeiten sind nur Vorwand für Anwendung einer Methode, womit man akademische *credits* verdient, aber kein wirkliches Interesse an der ökonomischen Fragestellung verbindet.

Welche Lehren kann man für einen heutigen *think tank* aus der erfolgreichen Anfangszeit gewinnen?

- Eine intensive Einbindung in die laufenden Entscheidungsprozesse bzw. in das Tagesgeschäft der Wirtschaftspolitik ist für einen *think tank* nicht passend. Das zeigt ein Vergleich der 1957 gegründeten WwA mit dem ersten Versuch einer solchen Abteilung 1950, deren Mitglieder bald in die Wirtschaftspolitik oder in die Politik wechselten.
- Eine gewisse Distanz zum Tagesgeschäft der Wirtschaftspolitik ist notwendig, andererseits aber auch Tuchfühlung mit der Praxis. Mit der Pflege der „reinen Lehre“, schon gar nicht der heutigen, ist der Institution, die den *think tank* erhält, nicht gedient.

- Tuchfühlung mit der wirtschaftspolitischen Praxis wird am besten ermöglicht durch eigene Beteiligung an Beratungsgremien, auch international, heute auch solchen auf europäischer Ebene.
- Unentbehrlich sind heute auch Kooperationen mit *think tanks* befreundeter Institutionen in anderen Ländern.
- Autonomie ist unabdingbar, die Frage ist allerdings: wie viel?
- Ebenso unabdingbar ist eine Anbindung an die Arbeitnehmerinteressen, die sich schon aus den Themenstellungen ergibt. Dabei sollte es aber nicht von vornherein eine Bindung an die jeweilige „Beschlusslage“ des eigenen Verbands geben, sondern eine gewisse Gedankenfreiheit zu eigener Interpretation, worin das „Arbeitnehmerinteresse“ besteht.
- Eine solide theoretische Basis ist notwendig, welche die *state of the art*-Kriterien erfüllt. Selbstgestrickte Theorien, mit denen man immer recht hat, sind in der Argumentation mit Kooperationspartnern und mit der Gegenseite nicht hilfreich. Die Bandbreite der ökonomischen Theorien ist heute beträchtlich, sie bieten genügend Ansatzpunkte für eine praxisorientierte Ökonomie.
- Schließlich: Eigenproduktion, vor allem in Form eigener Studien ist wichtig, sie sind der Ausweis für fachliche Kompetenz.

Anhang 1

Studien der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung 1958 bis 1974

Investitionspolitik und Investitionsfinanzierung in Österreich (Beilage Nr.3 von A&W, 12. Jgg., 1958).

Die Abgabenbelastung von Wiener Arbeitnehmerhaushalten in den Jahren 1953 und 1956 (Beilage Nr.7 von A&W, 12. Jgg., 1958).

Die Lage der österreichischen Michwirtschaft.

Die österreichische Getreide- und Mühlenwirtschaft.

Spargewohnheiten und Sparneigung von Wiener Arbeitnehmerhaushalten 1958 (Beilage Nr. 7 von A&W, 13. Jgg., 1959).

Der Lebensstandard von Wiener Arbeitnehmerfamilien im Lichte langfristiger Familienbudgetuntersuchungen (Beilage Nr. 8 von A&W, 13. Jgg., 1959).

Lebensstandard und Konjunktur. Die Verbrauchsgewohnheiten von Wiener Arbeitnehmerfamilien in den Jahren 1952 und 1957 (Beilage Nr. 6 von A&W, 14. Jgg., 1960).

Mietaufwand und Wohnverhältnisse in Wiener Arbeitnehmerhaushalten (Nr. 7 von A&W, 15.Jgg., 1961).

Viehwirtschaft und Fleischversorgung (1961).

Das Eigentum an den österreichischen Kapitalgesellschaften (1962).

Schriftenreihe der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte (Verlag des ÖGB)

Probleme des österreichischen Arbeitsmarktes (August 1962).
 Wachstumsperspektiven der österreichischen Wirtschaft (März 1963).
 Der graue Markt in Österreich (Juli 1963).
 Die Lage der österreichischen Obst- und Gemüsewirtschaft (September 1963).
 Die langfristige Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien (März 1964).
 Forschung und Entwicklung in Österreich (Mai 1965).
 Lebensverhältnisse der Arbeiter in der österreichischen Montanindustrie (1965).
 Kapitalmarktkonzept für Österreich (1966).
 Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft (1968).
 Beiträge zu einem Energiekonzept (1968).
 Lebensalter, Arbeitszeit und Lohn (1969).
 Armut in Wien (1974).

Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft

Band 1: Volkswirtschaftliche Bedeutung der Löhne.
 Oskar Grünwald, Eduard März, Gemeinwirtschaft und wirtschaftliche Dynamik.
 Theodor Prager, Investitionsstruktur und Wirtschaftswachstum.
 Band 2: Jaroslav Krejci, Volkseinkommensvergleich Österreich – SSR.
 Jiří Kosta, Versuch eines Strukturvergleichs der österreichischen und der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung.
 Band 3: Maria Szécsi, Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 und 1967.
 Band 4: Theodor Prager, Forschung und Gesellschaft.
 Hans Reithofer, Familienleistungen in internationaler Sicht.
 Felix Butschek, Der österreichische Wachstumsrückstand.
 Band 5: Karl Mayerhofer, Probleme der österreichischen Landwirtschaft – Der milchwirtschaftliche Außenhandel.
 Band 6: Theo Thiemeyer, Kapitalakkumulation und Vermögensbildung.
 Erwin Weissel, Die Lohnentwicklung in der Wiener Industrie in den sechziger Jahren.
 Oskar Grünwald, Ferdinand Lacina, Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft (Europa Verlag, Wien 1970).

Anhang 2

Studien der ersten Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung 1951-1954

Winkler, Ernst, Um das Brot des Volkes – Die Getreideversorgung Österreichs 1950.
 Reichard, Edmund, Die Brücke zur Welt – Österreichs Außenhandel gestern – heute – morgen“.
 Robinson, Joan, Grundprobleme der Marx'schen Ökonomie, aus dem Englischen übersetzt und kommentiert von Stefan Wirlandner.
 Winkler, Ernst, Blick in die Wirtschaft. Das Investitionsprogramm 1950/52.

Forchheimer, Karl, Keynes' neue Wirtschaftslehre.

Auf dem Weg zur Mitbestimmung: Produktivitätssteigerung und Wirtschaftsdemokratie.

Krywult, Josef, Arbeiterschaft und Steuerpolitik.

Zöllner, Otto, Der Osthandel.

Hruby, Roman, Die Kosten der Lebenshaltung 1945/52. Systematik und Entwicklung.

Müller, Hans, Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52.

Die wirtschaftliche Integration. Agrar Pool – Montan Union – Zahlungsgemeinschaft.

Mittel und Wege der Vollbeschäftigungspolitik, mit Beiträgen von Karl Trasti, Hans Bayer, P. Battara, Alfred Braunthal, Rudolf Meidner, Ernst John, Benedikt Kautsky, Anton Schopf, Max Weber und Stefan Wirlandner.

Anmerkungen

¹ AK Jahrbuch (1951) 177.

² Siehe dazu ausführlich Feichtinger (2016). Ich danke an dieser Stelle Frau Susi Wirlandner dafür, dass sie mir die Möglichkeit geboten hat, in den unpublizierten Erinnerungen ihres Vaters Einsicht zu nehmen.

³ Bei diesem handelte es sich allerdings um eine nicht gedruckte, sondern hektografierte (vervielfältigter Maschinschrifttext) Veröffentlichung mit der beachtlichen Auflage von 3.500 Exemplaren (AK Jahresbericht 1951, S. 177). Der Monatsbericht der AK bestand weitestgehend in einer Wiedergabe der aktuellen Ausgabe der Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, versehen mit Kommentaren aus AK-Sichtweise.

⁴ Siehe die Liste der erschienenen Hefte im Anhang. Bemerkenswerterweise listet der Katalog der Studienbibliothek der AK Wien nur 10 Titel. Nicht angeführt ist die 1953 in der Reihe erschienene Broschüre „Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52“ von Hans Müller – dies ist der gelegentlich verwendete Deckname von Stefan Wirlandner (auch z. B. für einen Bericht über die Bad Ischler Wirtschaftswissenschaftliche Tagung 1951 – Müller [1952]). Dieses Heft ist in der AK-Bibliothek nicht vorhanden.

⁵ Wirlandner (alias Hans Müller [1953]) wandte sich mit seiner Untersuchung gegen die Behauptung der Kommunisten, dass die Reallöhne 1951/52 unter dem Niveau von 1945 lagen.

⁶ Zum Autor siehe Chaloupek (2016) 28f.

⁷ Als einzige größere Arbeit dieser Art entspricht Wirlandners richtungsweisendes Referat „Vollbeschäftigung als realisierbares Ziel in der Marktwirtschaft“ beim 2. Bundeskongress des ÖGB 1951 dieser Aufgabenstellung (veröffentlicht in: Arbeit & Wirtschaft 5/5 und 6 (Dez. 1951/Jän. 1952).

⁸ Die gilt auch für Wirlandners Nachfolger als Direktor-Stellvertreter (später Direktor) der Wiener Arbeiterkammer, Dr. Josef Staribacher.

⁹ Siehe zum Folgenden ausführlicher bei Chaloupek (2006).

¹⁰ Butschek (1985) 123ff.

¹¹ Die gesamte Wirtschaftsstatistik litt bis 1955 unter dem empfindlichen Manko, dass die USIA-Betriebe (Betriebe unter sowjetischer Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone) eine Beteiligung an den Erhebungen des Statistischen Zentralamtes verweigerten. Auch alle Zahlen für die Industrie bis zum Jahr 1955 erfassen die USIA-Betriebe nicht. Eine auf Erhebungen beruhende gesamtösterreichische Wirtschaftsstatistik konnte – teilweise rückwirkend – erst nach dem Staatsvertrag erstellt werden.

¹² In der Studie aus 1958 ohne die früheren USIA-Betriebe.

¹³ Auch eine Untersuchung von Kurt Rothschild (1961, S. 140f) beurteilte die Wachstumschancen der österreichischen Industrie mit Skepsis. In einem Vergleich mit Deutschland

wird gezeigt, dass die von den weltweiten Nachfragetrends begünstigten Branchen in Österreich einen deutlich geringeren Anteil an der Industrieproduktion haben.

- ¹⁴ Außer den beiden hier behandelten Studien Ederer, Wehsely, et al. (1985); Beer, Ederer, Goldmann, et al. (1991) – letztere von der Abteilung Industriepolitik.
- ¹⁵ Statistik und Lebenshaltungskosten (1928).
- ¹⁶ Löhne der Wiener Arbeiterschaft (1925), Löhne der Wiener Arbeiterschaft (1926).
- ¹⁷ Ähnliche Erhebungen gab es auch von den meisten Arbeiterkammern in den Bundesländern.
- ¹⁸ Butschek (1985) 140.
- ¹⁹ Rothschild (1989).
- ²⁰ Auch das niederländische Modell einer gesamtwirtschaftlichen Planung wurde als mögliches Vorbild für Österreich diskutiert. Während das niederländische „Planungssystem“ eigentlich damals schon auf Globalsteuerung der großen Aggregate reduziert war, wies das französische Modell durch seinen sektoralen Ansatz eine deutlich stärkere Interventionstiefe auf. Die Präferenz für das französische Modell ist bei dem damals gegebenen hohen Anteil von staatlich kontrollierten Unternehmungen und Banken in Österreich un schwer zu erklären.
- ²¹ Marin (1982).
- ²² Stephan Koren war nach dem Krieg Industriereferent am WIFO, später Professor an der Universität Innsbruck. Nach seiner Tätigkeit als Staatssekretär im Bundeskanzleramt war Koren von 1968 bis 1970 Finanzminister in der Regierung von Josef Klaus. Anschließend war er 1970 bis 1978 Nationalratsabgeordneter und Klubobmann der ÖVP. 1978 übernahm Koren schließlich das Amt des Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank (bis 1988).
- ²³ Siehe dazu AK Wien, Der „Koren-Plan“ in der Dokumentation (1970). Die harte Kritik der AK wurde vor allem damit begründet, dass die finanzielle Ausstattung der neuen Instrumente zu gering war. Der Grund dafür lag in den Schwierigkeiten der Budgeterstellung für 1969 und 1970.
- ²⁴ Literaturverweise in diesem Abschnitt werden nur beispielhaft und in abgekürzter Form angeführt und nicht in das Literaturverzeichnis am Ende dieses Beitrags aufgenommen.
- ²⁵ Sicherlich ist die Rolle der Massenmedien (Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen) nicht als gering einzuschätzen. Ihre Untersuchung würde jedoch einen Aufwand erfordern, der die Möglichkeiten meines Beitrags weit übersteigt.
- ²⁶ Seit 1966 nannte sich die Zeitschrift „Neues FORVM“.
- ²⁷ A&W 5/8 (1952).
- ²⁸ A&W 4/11 (1951). Hans Bayer (1903-1965) wurde nach der Gleichschaltung der Arbeiterkammern durch den Austrofaschismus als Leiter der Statistischen Abteilung der Wiener Arbeiterkammer eingesetzt. Er war von 1933 bis 1956 Professor an der Universität Innsbruck. Nach dem Krieg trat Bayer für Sozialisierungsmaßnahmen ein und befürwortete einen streng planwirtschaftlichen Ansatz in der Wirtschaftspolitik; siehe Bayer (1947).
- ²⁹ A&W 4.Jgg. 1951/9, 6.Jgg 1953/6.
- ³⁰ So etwa legte Hans Mars (zu seiner Person siehe Chaloupek [2016] S. 27f) in mehreren Artikeln (A&W 6/3-11 [1953]) die Grundzüge der Keynes'schen Lehre dar. Otto Leichter (zu seiner Person ebdt. S. 19) berichtete über die Wirtschaftspolitik in den USA.
- ³¹ Zahlreiche Beiträge von Eduard März, Erwin Weissel, Ernst Veselsky und anderen in den Jahren 1961 bis 1969. Die AK-Ökonomen gehörten auch zu jenen sozialdemokratischen Autoren des Neuen FORVM, die sich dem Versuch des damaligen SPÖ-Vorsitzenden Bruno Pittermann widersetzen, eine Art „Genehmigungspflicht“ für Veröffentlichungen in „parteilichen“ Organen einzuführen.
- ³² Seither schrieb Horst Knapp auch für das Neue FORVM.

- ³³ FORUM X (1963).
- ³⁴ Am Beginn des Wahlkampfes für die Nationalratswahl 1970 ermahnte Knapp die ÖVP „den Korenplan in den Mittelpunkt der Bilanz (ihrer Alleinregierung) zu stellen“; in: Finanznachrichten (8. August 1969).
- ³⁵ Wirtschaftspolitische Blätter 13 (1966) 411ff.
- ³⁶ Finanznachrichten 41 (1965).
- ³⁷ Finanznachrichten 33-34 (1963).
- ³⁸ Finanznachrichten 50 (1965).
- ³⁹ Siehe die Beiträge von Ernst E. Veselsky (Finanznachrichten 29/30 und 48 [1965]) und Hans Reithofer (Finanznachrichten 36 [1965]).
- ⁴⁰ Siehe dazu im einzelnen Haas (1980). Die Einkommensteuerreformen 1973 und 1975 enthielten einige Maßnahmen, die eine Besserstellung der Arbeitnehmer bzw. eine Umverteilung zugunsten der mittleren und unteren Einkommen bewirkten (z. B. Kinderabsetzbetrag statt Freibetrag bei der Einkommensteuer), auf die hier allerdings nicht näher eingegangen werden kann. Zur steuerlichen Investitionsförderung bis zur Steuerreform 1988 siehe Chaloupek (1988).
- ⁴¹ „Der EE-Fonds hat seine Zielsetzung, die Beschleunigung des industriellen Strukturwandels durch die Unterstützung neuer Vorhaben und die bewusste Entwicklung von Wachstumsproduktion nur in bescheidenem Umfang realisiert. Vorwiegend wurden Haftungen für Investitionen in traditionellen Branchen vergeben.“ Auch die Kreditvergabe der Investkredit lasse „keine ausgeprägte Schwerpunktsetzung im industriellen Bereich erkennen.“ (Haas, Wehsely [1977] 244f).
- ⁴² Lachs (1980) 141.
- ⁴³ Zu den Strukturreformen in der verstaatlichten Industrie siehe Grünwald (2017).
- ⁴⁴ Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien (1980) 131.
- ⁴⁵ Chaloupek, Marterbauer (2008).
- ⁴⁶ Chaloupek (1982) 229.
- ⁴⁷ Kienzl (1979) 152.
- ⁴⁸ Siehe dazu Butschek (2015), Kernbauer (2015). Zum Ausdruck kommt März' Synthese aus pragmatischer Wirtschaftspolitik und sozialistischer Langfristperspektive im Untertitel seines Buches „Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West“ (1965): „Eine sozialistische Analyse“.
- ⁴⁹ Für den „keynesianischen Marxisten“ Theodor Prager (1980, S. 173), der noch bis 1982 in der WwA tätig war, war die Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung „ein Managementwechsel ohne aufregende Folgen“.
- ⁵⁰ Siehe dazu William Smaldone (2011).
- ⁵¹ Knapp (1980) 151.
- ⁵² Dem Namen nach gibt es die meisten noch, doch ihre Resonanz ist minimal.

Literatur

- AK Wien, Löhne der Wiener Arbeiterschaft, Statistische Veröffentlichungen 1925 (Wien 1925).
- AK Wien, Löhne der Wiener Arbeiterschaft, Statistische Veröffentlichungen 1926 (Wien 1926).
- AK Wien, Statistik und Lebenshaltungskosten, Statistische Veröffentlichungen 1928 (Wien 1928).
- AK Wien, Der „Koren-Plan“ in der Dokumentation (hektographiert, Wien 1970).
- AK Wien, Jahrbuch 1951 (Wien 1952).
- Bayer, Hans, Sozialisierung und Planwirtschaft (Wien 1947).

- Beer, Elisabeth; Ederer, Brigitte; Goldmann, Wilhelmine; et al., Wem gehört Österreichs Wirtschaft wirklich? (Wien, München, Zürich 1991).
- Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.), Der Koren-Plan. Das wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung (Wien, o. J. [1968]).
- Butschek, Felix, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985).
- Butschek, Felix, Im Wandel der Zeit, in: Chaloupek (Hrsg., 2015) 39-52.
- Chaloupek, Günther, Planung im Wachstumszyklus, in: Wirtschaft und Gesellschaft 8 (1982) 225-233.
- Chaloupek, Günther, Die Diskussion zur indirekten Investitionsförderung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 14 (1988) 153-156.
- Chaloupek, Günther, Marxismus und österreichische Wirtschaftspolitik: Benedikt Kautsky als ökonomischer Theoretiker der Arbeiterkammer, in: Chaloupek, G.; Rosner, P.; Stiefel, D., Reformismus und Gewerkschaftspolitik. Band 1 der Schriftenreihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“ (Graz 2006) 35-74.
- Chaloupek, Günther, Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. 50 Jahre Kautsky-Kreis als Diskussionsforum für Wirtschaftspolitik 1960-2010 (Graz 2011).
- Chaloupek, Günther (Hrsg.), Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker, Band 1 der Schriftenreihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“ (Wien 2015).
- Chaloupek, Günther, Die Emigration von Ökonomen nach den USA und nach Großbritannien und der Einfluss der Rückwanderer auf Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdenken, in: Mesch (Hrsg., 2016) 13-44.
- Chaloupek, Günther; Kurz, Heinz; Smaldone, William, Rudolf Hilferding: Finanzkapital und organisierter Kapitalismus, Band 6 der Schriftenreihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“ (Graz 2011).
- Chaloupek, Günther; Marterbauer, Markus, Was bleibt vom Austro-Keynesianismus? Dauerhafte Wirkungen der postkeynesianischen Wirtschaftspolitik in Österreich 1970-1995, in: Hagemann, Harald; Horn, Gustav; Krupp, Hans-Jürgen (Hrsg.), Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt (Marburg 2008) 45-67.
- Domar, Evsey D., Capital expansion, rate of growth, and employment, in: Econometrica 148 (1946) 137-147.
- Ederer, Brigitte; Wehsely, Hans; et al., Eigentumsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft, Sonderheft von „Wirtschaft und Gesellschaft“ (Wien 1985).
- Feichtinger, Johannes, Keynes-Rezeption vor dem „Austro-Keynesianismus“ der Ära Kreisky. Die Arbeiterkammer als wirtschaftspolitischer Think Tank in der Nachkriegszeit, in: Mesch (Hrsg., 2016) 73-110.
- Grünwald, Oskar, Wie ich zur Arbeiterkammer kam, in: Chaloupek (Hrsg., 2015) 63-72.
- Grünwald, Oskar, Die Arbeiterbewegung und Strukturveränderungen in der verstaatlichten Industrie, in: Mesch, Brait (Hrsg., 2017) 91-116.
- Haas, Erich, Steuerpolitik – alles beim Alten?, in: Wirtschaft und Gesellschaft 6 (1980) 185-202.
- Haas, Erich; Wehsely, Hans, Die direkte Investitionsförderung 1948-1976, in: Wirtschaft und Gesellschaft 3 (1977) 229-263.
- Harrod, Roy, An essay in dynamic theory, in: Economic Journal 49 (1939) 14-33.
- Kautsky, Benedikt, Die Haushaltsstatistik der Wiener Arbeiterkammer 1925 bis 1934, in: International Review for Social History, Supplement (Leyden 1937).
- Kernbauer, Hans, Ein Dritter Weg zwischen Markt- und Planwirtschaft. Wirtschaftspolitische Überlegungen von Eduard März, in: Chaloupek (Hrsg., 2015) 53-62.
- Kienzl, Heinz, Wirtschaftsplanung in Theorie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, in: Wirtschaft und Gesellschaft 5 (1979), Sonderheft, 145-154.

- Knapp, Horst, Weg: österreichisch – rote Markierung: blass, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 145-157.
- Koren, Stephan, Wirtschaftspolitik ohne Illusionen, in: *Die Presse* (23./24. September 1967) 5.
- Lachs, Thomas, Zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 133-143.
- Lewis, W. Arthur, *Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums* (Tübingen 1956; engl. Originalausgabe 1954).
- Marin, Bernd, *Die Paritätische Kommission* (Wien 1982).
- März, Eduard, *Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West* (Wien 1965).
- Mesch, Michael (Hrsg.), *Wie kam der Keynesianismus nach Österreich?*, Band 2 der Reihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“ (Wien 2016).
- Mesch, Michael; Brait, Romana (Hrsg.), *Der Wandel des industriepolitischen Leitbilds der Arbeiterbewegung*, Band 3 der Reihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“ (Wien 2017).
- Müller, Hans, Keynes und die ökonomische Theorie, in: *Arbeit & Wirtschaft* 5 (1952) 17f.
- Müller, Hans, *Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52* (Wien, o. J. [1953]).
- Prager, Theodor, Managementwechsel ohne aufregende Folgen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 173-184.
- Resch, Andreas, Theodor Prager und die AK-Studie „Forschung und Entwicklung in Österreich“ (1965), in: Mesch, Brait (Hrsg., 2017) 55-78.
- Rostow, W. W., *The Stages of Economic Growth* (Cambridge 1960).
- Rothschild, Kurt, Wurzeln und Triebkräfte der österreichischen Wirtschaftsstruktur, in: Weber, Wilhelm (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaft gestern heute – morgen*, Erster Band (Berlin 1961) 1-159.
- Rothschild, Kurt, Ziele, Ereignisse und Reaktionen: Reflexionen über die österreichische Wirtschaftspolitik, in: Abele, Hans; Nowotny, Ewald; Schleicher, Stefan; Winckler, Georg (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik* (Wien 1989).
- Smaldone, William, Rudolf Hilferding, „Organisierter Kapitalismus“ und die Politik der Weimarer Sozialdemokratie, in: Chaloupek, Kurz, Smaldone (2011) 51-70.
- Wirlandner, Stefan, Vollbeschäftigung als realisierbares Ziel in der Marktwirtschaft, in: *Arbeit & Wirtschaft* 5/5 und 6 (Dez. 1951/Jän. 1952).
- Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der AK Wien, Editorial. Zwischenbilanz, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 6 (1980) 127-131.

Zusammenfassung

Die Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien wurde 1957 gegründet und ist der erste think tank eines Interessenverbandes in Österreich. Der Artikel gibt einen Überblick über die Tätigkeit der Abteilung in den ersten zwei Jahrzehnten ihres Bestehens. In dieser Zeit erstellte die Abteilung eine große Zahl von Studien zu Themen der Wirtschaftspolitik, die zu den Kernbereichen der Arbeitnehmerinteressen zählen: Wachstum und Investitionen, Arbeitsmarkt, die Eigentumsstruktur der österreichischen Unternehmungen, Lebensstandard und Einkommensverteilung, Wettbewerbspolitik. In zahlreichen Fällen gaben die Studien den Anstoß für Reformen und Modernisierungsschritte. Die Arbeiterkammer konnte dadurch in wichtigen Bereichen die Diskussionsführerschaft erlangen. Mitglieder der Abteilung engagierten sich in laufende wirtschaftspolitische Debatten durch Beiträge in anderen Zeitschriften. Diese Zeitschriften, vor allem die „Finanznachrichten“ und das „Neue FORVM“ bildeten eine wichtige Ebene des intellektuellen Diskurses der 60er- und 70er-Jahre, in denen sich ein neuer, technokra-

tisch geprägter Stil der Wirtschaftspolitik durchsetzte. Der Artikel versucht auch eine Bilanz von Erfolgen und Enttäuschungen in den zwei Perioden der Einparteien-Regierungen (ÖVP 1966/70, SPÖ 1970/83), sowie abschließend einige Lehren aus den Erfahrungen der Anfangszeit für die heutige Situation zu ziehen.

Abstract

Established in 1957, the economics department of the Chamber of Labour of Vienna is the first think tank of an Austrian interest association. The article gives an overview of the department's activities during its first two decades. In this period, the department produced a large number of studies on subjects which were in the core areas of the interests of labour in economic policy: growth and investment, employment, ownership in the Austrian economy, standard of living and income distribution, competition policy. Many impulses for reform and modernization of economic policies in key areas came from publications of the department, enabling the Chamber to secure a position of first mover in public debates. Members of the department also engaged actively in economic policy debates by publishing articles in other periodical journals, which constituted an important level of intellectual discussion during the 1960s and 1970s when a new technocratic style of economic policy making emerged. The article describes the changing balance of successes and also disappointments during two periods of one-party government (ÖVP 1966/70, SPÖ 1970/83). It concludes with an attempt to draw lessons from the early experience for the present environment.